

Rede von Andrii aus der Ukraine (mittlerweile in Deutschland lebend) zum 3. Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2025

Es ist kaum zu glauben, dass wir nun über den dritten Jahrestag des großflächigen Krieges in der Ukraine sprechen müssen.

Bereits im dritten Jahr sind wir gezwungen, mitanzusehen, wie das Leid, das zuvor auf die Region der sogenannten "Antiterror-Operation" beschränkt war, sich in unterschiedlichem Ausmaß über das gesamte Territorium meines Heimatlandes ausgebreitet hat. Im dritten Jahr haben sich selbst die Menschen in weit von der Front entfernten Regionen an das Heulen der Luftalarne gewöhnt, doch sie können sich nicht an die illegalen Praktiken der Entführung von Männern auf den Straßen und deren Folter durch Soldaten des eigenen Landes gewöhnen.

Neue Namen, Fotos und Berichte von Angehörigen über Ukrainer, die den physischen Folterungen in den ukrainischen Rekrutierungszentren nicht standhielten, werden mehrmals pro Woche veröffentlicht und hinterlassen bei der abgestumpften Masse kaum mehr Eindruck als schlechtes Wetter, Unfälle oder andere Ereignisse, die scheinbar jenseits des Einflusses gewöhnlicher Menschen liegen.

Und seit drei Jahren hören wir von den europäischen Regierungen, dass die Hilfe für eben diese Ukrainer in der Lieferung von Waffen bestehen soll. Zuerst hieß es, diese Lieferungen würden der Ukraine helfen, den Donbass und die Krim zurückzugewinnen. Heute wird behauptet, sie seien notwendig, um Bedingungen zu schaffen, die die Ukraine vor Putin und der Gesetzlosigkeit seines Regimes schützen.

Doch das Gegenteil ist der Fall: Diese Lieferungen vergrößern nur das Leid der Ukrainer. Sie gaben der Ukraine 2022 und 2023 falsche Hoffnungen auf einen militärischen Sieg und ermöglichten es Selenskyj, die Friedensverhandlungen in Istanbul zu torpedieren. Danach wurden die Waffenlieferungen sowohl von der Biden- als auch von der Trump-Administration nicht nur als Legitimation für die grausamen Methoden der Mobilisierung genutzt, sondern auch als Druckmittel auf die ukrainische Regierung, dieses barbarische System auf noch jüngere Menschen auszuweiten.

Wir liefern euch Waffen, ihr liefert uns das Menschenmaterial für diese Kriegsmaschinerie.

Die Methoden dieser Mobilisierung werden nicht nur in den ukrainischen Medien ausführlich beschrieben, sondern finden auch Eingang in offizielle UN-Berichte. Im UN-Bericht vom November 2024 werden Folter, Drohungen und Erstickungen als Methoden dieser Mobilisierung genannt. Folter und Erstickung - das ist das reale, heutige Ergebnis der aktuellen EU-Politik gegenüber der Ukraine.

Den Ukrainern helfen weder neue Wunderwaffen noch idealistische Appelle. Was hilft, ist die Rückkehr von hochtrabenden Phrasen zu der Realität, in der Menschen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben für solche Worte bezahlen.

Als ich diesen Bericht, der Folter bezeugt, mit einem Abgeordneten der CDU in Köln besprach, stieß ich auf eine wütende und gereizte Reaktion, voller scheinbarer Unverständnis. Mir wurde geantwortet, und ich zitiere: "Vorwürfe gegen die Ukraine wegen Menschenrechtsverletzungen erinnern an die zerstörerischen Bombardierungen Putins auf ukrainische Städte."

Am Tag nach diesem Gespräch berichtete die ukrainische Anwaltskammer, dass in Saporischschja ein 34-jähriger Vadim, nachdem er von Mitarbeitern des Territorialen Rekrutierungszentrums (TRC) verprügelt worden war. Er wurde in einen Keller geworfen, wo er keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen hatte. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus lag er auf der Intensivstation am Beatmungsgerät, seine Nieren versagten, er konnte keinen Urin ablassen, hatte zahlreiche Blutergüsse (an den Beinen, in der Leistengegend) und erfrorene Gliedmaßen, sowie eine beidseitige Lungenentzündung. Der Arzt verstand nicht, warum er überhaupt in eine psychiatrische Klinik gebracht worden war. In den Nieren befand sich viel schwarzes Blut.

Zwei Tage später starb in der Region Czernowitz ein 32-jähriger Mann während einer medizinischen Untersuchung im TRC.

Am Ende derselben Woche wurde in der Nähe von Kiew ein Universitätsdozent aus Lwiw schwer verletzt aufgefunden. Er war von Vertretern des TRC festgenommen, nach nur zwei Stunden zu einer militärärztlichen Kommission gezwungen worden und wurde später mit einem Schädelbruch und Hirnödem am Straßenrand gefunden.

Genau diese arrogante Weigerung, die Realität wahrzunehmen, war einer der Gründe für diesen Krieg. Das Unvermögen, den Abbau demokratischer Rechte zu erkennen, ermöglichte das Verbot linker Parteien, die Verfolgung von Mitgliedern zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Ermordung unliebsamer Journalisten und letztlich die Missachtung internationaler Verpflichtungen, die den Weg für einen Krieg ebneten, der mein Land nun zerreißt.

Für eine Rückkehr zu einem nachhaltigen Frieden in Osteuropa müssen wir direkt gegen die Manifestationen und Folgen dieser Arroganz kämpfen. Genau deshalb sind wir heute hier, um uns an Menschen zu erinnern, deren Leid von unseren Politikern verschwiegen oder direkt geleugnet wird.

Die Beendigung ihres Leidens ist nicht durch weitere Waffenlieferungen möglich. Ein langfristiges Ende ihres Leidens ist auch nicht durch Abkommen zwischen autoritären Führern möglich. Es ist nur durch eine tiefgreifende Demokratisierung beider Länder erreichbar.

Nur die Legalisierung eines breiten Spektrums linker und anti-militaristischer politischer Parteien, nur die sofortige Freilassung all jener, die sich geweigert haben, an diesem Blutvergießen teilzunehmen, all jener, die für das Teilen von sowjetischen Symbolen in sozialen Netzwerken zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, kann die Kräfte ausbalancieren, die ihre Politik auf der Spaltung meines Landes aufgebaut haben, und die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Demokratisierung und langfristigen Frieden in Europa schaffen.

Ich bin außerdem zutiefst überzeugt, dass ein langfristiger Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten ohne den Sieg über kriegstreibende Kräfte hier in Deutschland und Europa nicht möglich ist.

Nur indem wir solche Kräfte hier überwinden, deren Verkörperung Boris Johnson war, der den Abschluss des Istanbul Abkommens verhinderte, indem er nach Kiew reiste und, laut dem Vorsitzenden der Partei von Selenskyj, sagte: "Wir werden überhaupt nichts mit ihnen unterzeichnen, lasst uns einfach weiterkämpfen." Nur wenn wir die Kräfte überwinden, die

heute die Verletzungen in der Ukraine ignorieren und damit staatlich sanktionierte Gewalt gegen ukrainische Teenager ermöglichen, können wir eine sichere und friedliche Zukunft für die ukrainische, russische und europäische Jugend gewährleisten.